



# HESSISCHER LANDTAG

25. 03. 2020

## Kleine Anfrage

**Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD) vom 12.02.2020****Neubau der Theateranlage in Frankfurt****und****Antwort****Ministerin für Wissenschaft und Kunst**

### Vorbemerkung Fragesteller:

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat kürzlich beschlossen, die sanierungsbedürftige Theater-Doppelanlage abzureißen und den Magistrat beauftragt, Planungen für einen Neubau in die Wege zu leiten. Die Doppelanlage wurde unter Einbeziehung des 1902 gebauten und im Krieg teilweise zerstörten Theaters 1963 errichtet und ist dringend sanierungsbedürftig. Ein vom Magistrat in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl eine Grundsaniierung der bestehenden Anlage als auch ein Neubau Kosten in der Größenordnung von 900 Mio. € verursachen wird.

Da eine Sanierung zudem mit unkalkulierbaren Risiken und Mehrkosten verbunden ist, hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Anlage abzubrechen und durch einen Neubau zu ersetzen. Offen ist dabei, ob das Konzept einer Doppelanlage als solche erhalten wird oder die beiden Häuser an unterschiedlichen Standorten errichtet werden. Unabhängig hiervon wird die Finanzierung durch die Stadt Frankfurt in der angegebenen Größenordnung – insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage der Stadt – kaum zu leisten sein. Die Errichtung einer neuen Anlage wird daher nur mit einer Ko-Finanzierung realisierbar sein. Diese könnte durch eine kommerzielle Mitnutzung der jeweiligen Grundstücke – z.B. durch einen Hotelbau – erfolgen. Gefordert wird teilweise auch eine finanzielle Beteiligung des Landes Hessen, insbesondere unter dem Aspekt, dass ein erheblicher Anteil der Theater- und Opern-Besucher nicht aus der Stadt Frankfurt kommt, sondern aus dem weiteren Umland und insoweit eine Mitfinanzierung durch das Land gerechtfertigt erscheint.

### Vorbemerkung Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Das Land Hessen verfügt als eines der wenigen Bundesländer über drei Staatstheater, die mehrheitlich aus Landesmitteln getragen werden. Die Mehrspartenhäuser in Wiesbaden, Darmstadt und Kassel bieten ein künstlerisch anspruchsvolles und breit gefächertes Programm. Darüber hinaus veranstaltet das Hessische Landestheater Marburg qualitativ hochwertige Gastspiele in kleineren Gemeinden und dem ländlichen Raum. Außerdem werden das Stadttheater Gießen sowie Projekte und Programme der freien Szene in ganz Hessen gefördert. Strukturen werden dauerhaft gestärkt und ausgebaut, um möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern einen Zugang zu ermöglichen.

- Frage 1 Ist der Magistrat der Stadt Frankfurt in der Vergangenheit an die Landesregierung herangetreten mit dem Wunsch einer finanziellen Beteiligung des Landes an der neu zu errichtenden Anlage?
- Frage 2 Falls 1. zutreffend: Mit welchem Ergebnis?
- Frage 3 Hält die Landesregierung eine finanzielle Beteiligung des Landes an der neu zu errichtenden Anlage für gerechtfertigt?
- Frage 4 Falls 3. zutreffend: In welcher Höhe hält die Landesregierung eine finanzielle Beteiligung des Landes für gerechtfertigt?
- Frage 5 Falls 4. zutreffend: Wird die die Landesregierung ihre Zusage zu einer finanziellen Beteiligung von Bedingungen abhängig machen?
- Frage 6 Falls 5. zutreffend: Welche Bedingungen wird die Landesregierung stellen?

Die Fragen 1 bis 6 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Städtischen Bühnen Frankfurt sind der größte kommunale Theaterbetrieb Deutschlands und befinden sich zu 100 % in städtischer Trägerschaft. Die Stadt Frankfurt am Main als Metropole der Rhein-Main-Region verfügt hiermit über eine kulturelle Einrichtung mit hohem künstlerische

Niveau und internationaler Strahlkraft. Wir werden uns gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main dafür einsetzen, dass sich der Bund an den Kosten für die Sanierung beteiligt. Der hierzu notwendige Entscheidungsprozess ist nach Kenntnis der Landesregierung noch nicht abgeschlossen.

Über eine finanzielle Beteiligung des Landes an kommunalen Maßnahmen ist im Einzelfall nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmung und der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu entscheiden.

Wiesbaden, 17. März 2020

**Angela Dorn**